

einiges Geschick bewies, stieg er hier zu einem über Stuttgart hinaus anerkannten Fachmann für Fragen der Energieversorgung auf. 1931 schloß sich der im Grunde deutsch-national gesonnene Verwaltungsbeamte der NSDAP an – offenbar um über dieses Vehikel nun auch seine kommunalpolitische Karriere voranzutreiben. Dieses parteipolitische Engagement brachte ihm dann auch bereits 1931 einen Platz im Gemeinderat ein und ließ ihn im Zuge der nationalsozialistischen »Machtergreifung« nach dem 30. Januar 1933 zum Stuttgarter Oberbürgermeister aufsteigen.

Obgleich Strölin infolge seiner Erfahrungen auf dem Sektor der Energieversorgung mehrfach Angebote erhielt, nach Berlin, in die Zentrale der Verwaltung des Reiches, überzuwechseln, blieb er seiner württembergischen Heimat treu und versuchte statt dessen erfolgreich, sich als Stuttgarter Oberbürgermeister in nationalen und internationalen Gremien zu kommunalpolitischen Fragen (etwa des Wohnungsbaus) zu etablieren. Dies verschaffte ihm Verbindungen und Anerkennung weit über die Reichsgrenzen hinaus. Als nationalpolitischer Kommunalpolitiker erwies sich Strölin als geradezu idealtypischer »Etatist«: Er zeigte keinerlei Bedenken, etwa »rassepolitische« Maßnahmen des Regimes umzusetzen – sofern dafür nur eine gesetzliche Grundlage vorhanden war.

Ab 1938 kam es zu einer zunehmenden Entfremdung Strölin von der Realität des Nationalsozialismus. Die zentralistischen Tendenzen im Reich traten in einen von ihm immer deutlicher empfundenen Gegensatz zu seinen eigenen, föderalistisch-dezentral orientierten Vorstellungen zur kommunalen Selbstverwaltung. Sein nach wie vor stark ausgeprägter persönlicher Ehrgeiz stieß in den parteiinternen Konkurrenzkämpfen mehr und mehr an seine Grenzen. Seine zunächst durchaus systemimmanente Kritik an einzelnen Erscheinungen des Regimes wandelte sich dann während des Krieges, als die deutsche Niederlage seit 1942 immer wahrscheinlicher wurde, ab Ende 1943 zu einer auf Systemüberwindung zielenden widerständischen Haltung. Seine weitreichenden Kontakte, auch und gerade zu hohen Militärs, sowie seine häufigen Begegnungen mit Carl Goerdeler haben zu dieser Entwicklung sicherlich viel beigetragen.

Zum weiteren Umkreis des 20. Juli gehörend, von den Verfolgungen nach dem gescheiterten Attentat gleichwohl nicht betroffen, ging es Strölin in den letzten Kriegsmonaten nur noch darum, Stuttgart ohne weiteren Schaden über den Krieg zu retten. Nach Kriegsende auf Geheiß der Besatzungsmacht aus seinem Amt entfernt, widmete sich Strölin dann bis zu seinem Tode im Jahre 1963 vor allem der Selbstrechtfertigung.

*Enrico Syring, Gießen*

Gerhard Paul/Klaus-Michael Mallmann (Hrsg.), Die Gestapo – Mythos und Realität, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1995, 586 S., geb., 98 DM.

Die Geheime Staatspolizei gehört zweifellos zu den Organisationen der NS-Diktatur, über deren Funktion und Rolle in der Öffentlichkeit wie unter Historikern lange Zeit ein einmütiger Konsens bestand, ausgedrückt in Begriffen wie »Maschinerie des Terrors« (E. Kolb). Entgegen diesem Bild eines reibungslosen, anonymen und allmächtigen Apparates, dem nur Opfer gegenüberstanden, untersuchen die Autorinnen und Autoren dieses Sammelbandes die Gestapo nüchtern als Behörde, deren administrative Kraft – so ließen sich die Ergebnisse zusammenfassen – weit schwächer war als bislang vermutet und deren Terrormacht sich vor allem auf die Mitarbeit der deutschen Bevölkerung gründete.

Dieser Forschungsansatz revidiert herkömmliche Urteile, ist aber so revolutionär nicht mehr, wie er sich zuweilen, auch in diesem Band, gibt. Das »Bayern-Projekt« des Instituts für Zeitgeschichte hatte sich bereits zu einer »Alltagsgeschichte des politischen Ver-

haltens« (M. Broszat) entwickelt, der viel zu früh verstorbene Detlev Peukert betonte ebenso die Beteiligung der »Volksgenossen« am Regime wie Alf Lüdtke in seinen Studien die Mittäterschaft der »Vielen«. Dennoch hat der kanadische Historiker Robert Gellately sicherlich der Forschung eine neue Schneise geschlagen, als er anhand von Personenakten der Würzburger Gestapo nachweisen konnte, daß weit mehr als die Hälfte aller Fälle von »Rassenschande« und »Judenfreundschaft«, die die Gestapo verfolgte, auf Denunziationen aus der Bevölkerung zurückzuführen waren.

Die Arbeiten der Herausgeber des vorliegenden Sammelbandes Gerhard Paul und Klaus-Michael Mallmann zum Saarland in der NS-Zeit brachten ähnliche Ergebnisse. Und die Beiträge dieses Buches zu den Staatspolizeistellen Potsdam (Sibylle Hinze), Hannover (Hans-Dieter Schmid), Würzburg (Gerhard Paul), Frankfurt am Main (Volker Eichler) bestätigen noch einmal diese Befunde. Vor Ort war die Gestapo mit nur wenigen Mitarbeitern ausgestattet, die sich, wie Elisabeth Kohlhaas in einem beachtenswerten Überblick über die regionalen Stapostellen des Deutschen Reiches nachweist, vornehmlich – zumindest bei den mittleren und unteren Gestapoangehörigen – aus normalen Beamten der Kriminalpolizei rekrutierten, die bereits in der Weimarer Republik ihren Dienst getan hatten. Auch die Leiter der Staatspolizeistellen waren keine emporgekommenen Parteigenossen, sondern überwiegend junge, studierte Juristen – »ganz normale Akademiker«, wie Gerhard Paul in seiner Fallstudie schreibt.

Haben wir es demnach mit einer ganz normalen Polizei in einer »sich selbst überwachenden Gesellschaft« (Robert Gellately) zu tun? Zu bedenken ist zum einen der im Band erhobene Einwand Ludwig Eibers, ob nicht vielfach die Erinnerung an den brutalen Terror zu Beginn des Regimes, als Tausende von politisch Andersdenkenden verhaftet, mißhandelt und sogar getötet wurden, in den folgenden Jahren genügte, um sich der weiterhin existenten Gewalt bewußt zu bleiben. Zum anderen zeigen die Beiträge zur staatspolizeilichen Praxis, zur Verfolgung von Homosexuellen (Jellonnek) und »Roter Kapelle« (Tuchel), von »Fremdvölkischen« (Paul/Primavesi) sowie zur Judendeportation (Zimmermann) und zu Verstößen gegen das »Heimtücke«-Gesetz (Dörner), die ebenso wie die beiden Aufsätze von Graf zur politischen Polizei und Tuchel zur »Zentrale des Terrors« in Berlin größtenteils bereits publizierte Ergebnisse vorstellen, deutlich die Spezifität dieser politischen Polizei. Hans-Joachim Heuer überschreibt seinen Aufsatz über das staatspolizeiliche Töten mit den Begriffen »Brutalisierung und Entzivilisierung«, und tatsächlich muß man die Entgrenzung der Gewalt sowie die umfassende, rassistische Gegnerbestimmung als die entscheidenden Kennzeichen der Zeit vor allem zwischen 1939 und 1945 fassen, die jedwede Kontinuitätslinien, auf die Ralph Jessen in einem profunden Überblicksaufsatz zur Polizeigeschichtsforschung zu Recht hinweist, aufsprengen.

Nur drei Aufsätze widmen sich der Gestapotätigkeit außerhalb Deutschlands, und von ihnen wiederum nur einer einem osteuropäischen Land: Hans-Heinrich Wilhelm berichtet über die Gestapo in Polen. Im Osten jedoch, in der Sowjetunion, im Baltikum, in Jugoslawien oder Ungarn geschahen die Massenverbrechen des NS-Regimes. Es waren Angehörige der Gestapo, der Kriminal- und Ordnungspolizei, die das Täterpersonal der Einsatzgruppen stellten. Polizeibeamte, abgeordnet aus den Dienststellen im Deutschen Reich, besaßen als Kommandeure oder Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in den besetzten Ostgebieten weit größere Macht als in Deutschland und gebrauchten sie extensiv. Die Verhältnisse vor dem Krieg, die in diesem Band im Vordergrund stehen, unterscheiden sich, wie auch Paul und Mallmann in ihrer Einleitung betonen, radikal von der Vernichtungspraxis der Polizei seit 1939. Ein einziger Aufsatz (Bernd Rusinek) widmet sich am Beispiel der Staatspolizeistelle Köln dem Massenmord und der Spurenbeseitigung in der Phase des Kriegsendes.

Es zeichnet den Band aus, das er nicht mehr – aber auch nicht weniger – als eine Zwischenbilanz geben will. Er bietet einen ausgezeichneten Überblick zum derzeitigen For-

schungsstand und benennt zugleich offen die gravierenden Wissensdefizite über eine der wichtigsten Terrororganisationen des NS-Regimes. Die Abkehr von der herkömmlichen Institutionengeschichte hat sich unabweisbar gelohnt. Dennoch beschäftigen sich zahlreiche Beiträge nach wie vor mit der Gestapo als Behörde. Um zu einer »Sozialgeschichte des Terrors« zu gelangen, wie sie Robert Gellately gefordert hat, ist sicher noch ein weiter Weg zurückzulegen. Dieser Band indessen stellt zweifellos einen bedeutsamen Schritt dahin dar.

*Michael Wildt, Hamburg*

Carola Sachse (Hrsg.), Als Zwangsarbeiterin 1941 in Berlin. Die Aufzeichnungen der Volkswirtin Elisabeth Freund, Akademie Verlag, Berlin 1996, 165 S., geb., 48 DM.

Die Aufzeichnungen der 1898 geborenen Volkswirtin Elisabeth Freund schildern einen weniger als ein Jahr dauernden Abschnitt ihres Lebens, dem sie doch soviel Bedeutung beimaß, daß sie ihm ein ganzes Buch widmete. Der Text, kurze Zeit nach der Emigration aus Deutschland 1941 in Havanna niedergeschrieben, beschreibt den Alltag einer jüdischen Zwangsarbeiterin und beeindruckt sowohl durch Akribie in der Deskription als auch durch die große moralische Integrität der Autorin. Sie, eine Akademikerin, die, um den Unterhalt ihrer Familie während des »Dritten Reichs« zu sichern, eine Fotografenlehre absolviert hatte, verrichtete schwere und gesundheitsschädigende Arbeiten und sah sich doch nicht als Opfer, sondern als nüchterne Beobachterin und Zeugin einer kaum mehr vorstellbaren Lebensrealität.

Carola Sachse hat dem Text ein einfühlsames Vorwort vorangestellt, das den historischen Kontext der Zwangsarbeit und des jüdischen Lebens in Deutschland während der NS-Zeit ebenso erläutert wie Elisabeth Freunds biographischen Hintergrund. Elisabeth Freund war eine von etwa 26–28 000 jüdischen Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern, die 1941 in Berlin im Einsatz waren, bevor die Deportationen im Oktober begannen und nur noch in Mischehen lebende Juden legal in Berlin blieben. Im März 1941 wurde sie einer Wäscherei zugeteilt, wo sie an einer Heißmangel fast einen Hitzschlag erlitt. Nach schwerer Krankheit arbeitete sie in der Radiofabrik von Ehrich und Graetz, wo sie Metallstücke für Kriegsgerät kontrollierte. Sie schildert ihre Arbeiten ebenso wie die Behandlung durch Vorgesetzte (die in der Wäscherei sehr schlecht, in der Radiofabrik etwas besser war), den Kontakt zu anderen Zwangsarbeiterinnen und die immensen Schwierigkeiten des jüdischen Lebens im Berlin der Kriegszeit. In der Beurteilung der Arbeitsorganisation kommt der Autorin ihr Auge als geschulte Volkswirtin zugute: Sie kritisiert deren Ineffizienz, denn keine ihrer Leidensgenossinnen wurde entsprechend ihrer Qualifikationen eingesetzt, die Zwangsarbeiterinnen wurden jeden Tag durch eine andere Vorarbeiterin eingewiesen, die Trennung von den »arischen« Arbeiterinnen, die Außerkraftsetzung von Arbeitsschutzbestimmungen für Jüdinnen sowie Quälereien durch Vorgesetzte verminderten zusätzlich die erzwungene Arbeitsleistung. Aber sie zeigt auch, wie sie sich anfangs durch ihre Nebenarbeiten als Fotografin und durch geistige Ablenkung während der Arbeit nicht durch deren Zwangscharakter besiegen ließ. Besonderes Mitleid empfand die Autorin, die ihre eigenen drei minderjährigen Kinder seit deren Ausreise nach England 1939 nicht mehr gesehen hatte, mit den zur Zwangsarbeit verpflichteten jüdischen Kindern und Jugendlichen, denen eine adäquate Ausbildung verwehrt war.

Der Spießrutenlauf durch die unbarmherzige Bürokratie des »Dritten Reichs« macht die Schikanen und die wirtschaftliche Ausplünderung der Juden deutlich. Elisabeth